

zungen an den Planaufgaben der Schwerindustrie die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes zu verbessern.

Das Zentralkomitee beschließt heute im Rahmen der großen wirtschaftlichen Veränderungen, welche die Durchführung des neuen Kurses erfordert, eine zweite Reihe von Maßnahmen:

1. Den Lohnabrechnungen sind ab sofort diejenigen Arbeitsnormen zugrunde zu legen, die am 1. April 1953 Gültigkeit hatten.

2. Die Fahrpreisermäßigung für Arbeiterrückfahrkarten beträgt ab 1. Juli 1953 für diejenigen Arbeiter und Angestellten, die ein Monatseinkommen bis 500,— DM brutto haben, entsprechend der früheren Regelung 75 Prozent.

3. Die Mindestrenten für Alters-, Invaliden- und Unfallrentner werden von 65,— DM auf 75,— DM pro Monat erhöht.

Die Mindestrenten der Witwen werden von 55,— DM auf 65,— DM pro Monat erhöht.

Der monatliche Fürsorgesatz für Hauptunterstützungsempfänger bei der Sozialfürsorge wird von 45,— DM auf 55,— DM erhöht.

Soweit Ehegatten von Alters-, Invaliden- oder Unfallrentnern keine eigene Rente beziehen und arbeitsunfähig sind oder die Altersgrenze überschritten haben, wird der Ehegattenzuschlag erhöht, so daß Rente und Ehegattenzuschlag mindestens den Betrag von 95,— DM monatlich erreichen.

4. Die Anrechnung des Jahresurlaubs bei Heil- und Genesungskuren der Sozialversicherung wird aufgehoben.

5. Die Verordnung vom 19. März 1953 über die Herausnahme der freiwilligen Versicherungen aus der Sozialversicherung wird aufgehoben.

Für alle Bürger werden die am 31. März 1953 bestanden Rentenversicherungen, Zusatzrentenversicherungen und Zusatzsterbegeld Versicherungen zu den alten Beiträgen mit den alten Ansprüchen wiederhergestellt.

Die Deutsche Versicherungs-Anstalt übernimmt die freiwillig gegen Krankheit bei der Sozialversicherung Versicherten ohne Prüfung des Gesundheitszustandes zu dem am 1. April 1953 eingeführten Tarif.

6. Der Bau und die Instandsetzung von Wohnungen, besonders in großen Städten und Industriezentren, ist beträchtlich zu erhöhen. Aus Einsparungen durch Herabsetzung der Investitionen bei der Schwer- und Grundstoffindustrie sind für die Gewinnung von neuem Wohnraum (Neubau, Ausbau, Reparaturen sowie für die Instandsetzung von Straßen) für das Jahr 1953 über den bisherigen Plan hinaus zusätzlich Investitionsmittel und Lizenzkredite in Höhe bis zu 600 Millionen DM zu stellen.

7. Zur Verbesserung hygienischer und sanitärer Einrichtungen in volkseigenen Betrieben sind 30 Millionen DM Investitionsmittel im Jahre 1953 zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen haben die entsprechenden Vorschläge an die Zentralvorstände ihrer Gewerkschaften zu machen, die diese Vorschläge überprüfen und mit ihrer Stellungnahme dem jeweils zuständigen Fachministerium zur Beschlußfassung übermitteln. Für die örtlichen volkseigenen Betriebe sind die Anträge an die Bezirke zu richten.

8. Für die Errichtung und den Ausbau und Wiederaufbau von Gebäuden des Kultur-, Sozial- und Gesundheitswesens, wie Feierabendheime, Erholungsstätten des Feriendienstes der Gewerkschaften, Kindergärten und Kinderkrippen, sind im Jahre 1953 zusätzlich 40 Millionen DM Investitionsmittel bereitzustellen.

9. Die Versorgung der Werktätigen mit Arbeitskleidung, Arbeitsschuhen und Arbeitsschutzkleidung ist entsprechend den Vorschlägen des Bundesvorstandes des FDGB zu verbessern.

10. Die täglichen Stromabschaltungen bei der Bevölkerung sind im III. Quartal 1953 durch Einschränkungen im Stromverbrauch der Schwer- und Grundstoffindustrie aufzuheben. Das Staatssekretariat für Energie wird aufgefordert, für die weitere Regelung der ausreichenden Stromversorgung der Bevölkerung in den Wintermonaten die erforderlichen Vorschläge der Regierung bis zum 1. August 1953 zu unterbreiten.

Das Zentralkomitee wird demnächst erneut zusammenzutreten, um — nach inzwischen erfolgter Ausarbeitung weiterer notwendiger Maßnahmen — Partei und Öffentlichkeit in einer zusammenhängenden Darstellung über alle Probleme der neuen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu informieren. Es lenkt aber schon heute die Aufmerksamkeit auf die grundlegende Tatsache, daß diese von Partei und Regierung ergriffene weitreichende Initiative zur Verbesserung der Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung nur erfolgreich verwirklicht werden kann, wenn die Werktätigen, von der Notwendigkeit der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität überzeugt, den Wettbewerb breiter entfalten, die Neuerermethoden verbreiten und die Leitung und Organisation der volkseigenen Industrie auf die gebührende Höhe bringen. Das Zentralkomitee begrüßt daher die Beschlüsse von vielen Belegschaften, die zur Aufholung der durch die Zerstörungen und Ausschreitungen verursachten erheblichen Produktionsverluste aufgerufen haben.

Möge sich jedes Parteimitglied, jeder Werktätige bewußt sein, daß von der Hebung des Lebensstandards in der Deutschen Demokratischen Republik, von der Festigung unserer demokratischen Staatsmacht, von der Schaffung eines wahrhaft vorbildlichen demokratischen Staates auf deutschem Boden in weitem Maße die Erhaltung des Friedens und die Herbeiführung der Einheit Deutschlands abhängt.

Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter gehen auf Krieg. Deswegen ihre Anschläge auf uns, deswegen die Verwandlung Westdeutschlands in einen Hort des Faschismus und der Reaktion. Unsere Partei und unsere Regierung stehen für den Frieden. Deswegen bei uns der Kurs auf eine musterhafte Friedenswirtschaft. Unser neuer Kurs ist die schärfste Waffe aller Deutschen gegen jegliche Kriegsprovokation auf deutschem Boden.

An die Arbeit Genossen!

Mit größerer Einsicht, doppelter Energie und fester Disziplin!

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Bannerträgerin im Kampfe für Frieden, Einheit und Demokratie!

Es lebe die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Regierung des Friedens und der Arbeit!

Es lebe der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck!